

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Michael Aebersold/Giovanna Battagliero, SP): Stadt Berner Bevölkerung gegen Minarettverbot

Am Sonntag, dem 29. November 2009 haben fast 58 Prozent der Schweizer Stimmenden der Anti-Minarett-Initiative zugestimmt. Die Umsetzung dürfte zwar vor dem Menschenrecht-Gerichtshof nicht standhalten. Das Abstimmungsresultat irritiert jedoch die ganze Welt und zeigt die Schweiz in ihrem schlechtesten Licht. Dies zeigen die Reaktionen aus dem In- und Ausland mehr als deutlich.

Ein Lichtblick ist das Abstimmungsergebnis in der Landeshauptstadt Bern. Hier haben sich 64.3% der Stimmberechtigten gegen die Initiative ausgesprochen. Die Bernerinnen und Berner haben damit Toleranz bewiesen und ein wichtiges Zeichen gesetzt. Die SP der Stadt Bern bedankt sich bei der Bevölkerung und ruft gleichzeitig zum Manifest für eine offene und tolerante Schweiz auf. Notwendig ist aber auch ein verstärkter Dialog mit der muslimischen Bevölkerung. Wir stellen dem Gemeinderat deshalb folgende Fragen:

1. Ist der Gemeinderat bereit, die Position der Bernerinnen und Berner zusammen mit den anderen Gemeinden und Kantonen, welche die Anti-Minarett-Initiative abgelehnt haben national und international bekannt zu machen und damit zu manifestieren, dass es auch eine offene Schweiz gibt?
2. Was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen, um die muslimische Bevölkerung weiterhin und noch verstärkt in die Zivilgesellschaft zu integrieren sowie ins politische Leben einzubeziehen und die offensichtlich vorhandenen Ängste in der Bevölkerung abzubauen?

Begründung der Dringlichkeit:

Der Imageschaden für die Schweiz ist riesig und es gilt, so rasch wie möglich klare politische Zeichen gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit zu setzen.

Bern, 3. Dezember 2009

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Michael Aebersold/Giovanna Battagliero, SP), Miriam Schwarz, Ruedi Keller, Patrizia Mordini, Nicola von Greyerz, Lea Kusano, Stefan Jordi, Rolf Schuler, Tanja Walliser, Beat Zobrist, Annette Lehmann, Michael Aebersold, Guglielmo Grossi, Ursula Marti, Rithy Chheng, Leyla Gül

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die Ansicht der Interpellantinnen und Interpellanten bezüglich Irritation über das Abstimmungsergebnis. Gleichzeitig ist er erfreut über die Ablehnung der Initiative in der Stadt Bern und wertet dies als Resultat der bisherigen Integrationspolitik und des hohen Engagements aller Akteurinnen und Akteure im Integrationsbereich. Notwendig ist es nun, auf

diesem Weg weiterzugehen, die Integrationsbemühungen zu verstärken und dabei die Migrationsbevölkerung wie die einheimische Bevölkerung anzusprechen und einzubinden.

Zu den gestellten Fragen nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung:

Zu Frage 1:

Nach Ansicht des Gemeinderats ist das Abstimmungsresultat nicht mehr aktuell genug, um es in der Region und in der Schweiz zu kommunizieren. Der Gemeinderat zieht es vor, in die Zukunft zu schauen und aktiv gegen Diskriminierung vorzugehen. Mit der Umsetzung des Aktionsplans gegen Rassismus, der Erarbeitung des Leitbilds zur Integrationspolitik der Stadt Bern 2010 und den damit verbundenen strategischen Planungen werden Zeichen für eine weltoffene Stadt und gegen Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung gesetzt.

Das Abstimmungsresultat und insbesondere die Ablehnung der Initiative in der Stadt Bern werden in geeignetem Rahmen wieder aufgegriffen, etwa in Reden anlässlich des Aktionstags gegen Rassismus oder in Berichten und Artikeln zu weiteren Veranstaltungen.

Der Gemeinderat beabsichtigt nicht, Aktivitäten zur Bekanntmachung des Abstimmungsresultats der Stadt Bern zu initiieren. Sollte eine verlässliche Organisation eine Aktion oder Kampagne zum Thema starten wollen und dazu an den Gemeinderat gelangen, so wird dieser ein Engagement prüfen und sich gegebenenfalls dezidiert äussern.

Zu Frage 2:

Die muslimische Bevölkerung ist ebenso Zielgruppe der städtischen Integrationsarbeit wie alle anderen Personen mit Migrationshintergrund. Spezifische Integrationsmassnahmen für die muslimische Bevölkerung sind nicht angebracht, weil es keine empirischen Hinweise dafür gibt, dass Muslime und Muslimas generell schlechter integriert sind. Das Abstimmungsresultat kann nicht in erster Linie dahingehend interpretiert werden, dass verstärkte Bemühungen zur Integration der muslimischen Bevölkerung unternommen werden müssen. Vielmehr müssen bei der einheimischen (Stimm-)Bevölkerung die Wahrnehmung der Tatsache, in einer pluralistischen Gesellschaft zu leben, verstärkt und stereotype Vorstellungen über die muslimische Bevölkerung abgebaut werden.

Insbesondere die folgenden, für dieses Jahr geplanten Massnahmen und Tätigkeiten des Kompetenzzentrums Integration (KI) dienen auch dem Ziel, die muslimische Bevölkerung in die Zivilgesellschaft zu integrieren sowie offensichtlich vorhandene Ängste in der Bevölkerung abzubauen:

- Aktionsplan gegen Rassismus: Massnahmen gegen Rassismus beziehen sich auch auf die Diskriminierung religiöser Gruppen. Eine davon ist die jährliche Veranstaltung zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März. Dieses Jahr wurde am 20. März der erste Aktionstag durchgeführt. Ziel war es, die Bevölkerung für Rassismus und Diskriminierung zu sensibilisieren und mit ihr ins Gespräch zu kommen. Die Auswertung dieser Gespräche soll zu neuen Erkenntnissen führen, unter anderen was die Ängste in der Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Thema Islam betrifft. Diese werden bekannt gemacht und uns sowie anderen Akteurinnen und Akteuren als Grundlage für weitere Massnahmen dienen.
- Stadtverwaltungsinterne Sensibilisierung/Aufklärung: Mittagsveranstaltung für die Mitarbeitenden „WissenStadtEssen“ zum Thema „Islam im Alltag“ in Zusammenarbeit mit dem islamischen Zentrum Hochfeld. Eine Wiederholung der Veranstaltung in einem öffentlicheren Rahmen kann gegebenenfalls geprüft werden. Fragen im Themenfeld Integration wie auch Islam werden vom KI an den stadtinternen Weiterbildungs- und

Führungsveranstaltungen aufgegriffen. Auf Anfrage - intern wie extern - werden Kurse/Module zum Thema angeboten.

- Forum der Migrantinnen und Migranten 2010: Dieses Forum ist zum Thema „Zugang zum Arbeitsmarkt - Chancen und Hürden“ geplant. Eingeladen werden Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitgeberseite sowie der Sozialpartner. Ziel der Veranstaltung ist, dass die Migrantinnen und Migranten direkt mit den Personen des Arbeitsmarkts in Kontakt kommen und so gemeinsam Sensibilisierungsarbeit geleistet, Anliegen diskutiert und Lösungen skizziert werden. Es wird ersichtlich werden, ob und in wie fern sich die Schwierigkeiten im Zugang zum Arbeitsmarkt für die muslimische und nicht-muslimische Migrationsbevölkerung unterscheiden.
- Kurs Medienarbeit für MigrantInnenorganisationen: Das KI wird im Herbst 2010 einen Kurs zum Thema Medienarbeit anbieten. Das Angebot richtet sich an Personen, die in MigrantInnenorganisationen aktiv sind. Ziel ist es, MigrantInnenorganisationen als wichtige Sprachrohre der Migrationsbevölkerung dazu zu befähigen, ihre Öffentlichkeitsarbeit zu optimieren. Dadurch können diese Organisationen die Wahrnehmung der Migrationsbevölkerung in der Medienöffentlichkeit positiv mitprägen und aktiver am Mediendiskurs partizipieren.
- Kommunikation und Medien: Die Stadt legt bei ihrer Kommunikation gegen aussen Wert darauf, dass fair und nicht diskriminierend über die muslimische Bevölkerung wie auch über andere Migrantinnen und Migranten berichtet wird und vorherrschende Vorurteile abgebaut werden. Ein Leitfadens zur diskriminierungsfreien Kommunikation (intern wie extern) ist in Erarbeitung. Ein weiteres Ziel ist die Verstärkung der positiven Berichterstattung in den Medien.
- Kontakt zu MigrantInnenorganisationen und religiösen Gemeinschaften, insbesondere der muslimischen: Das KI plant im 2010 die Verstärkung der Kontakte und Zusammenarbeit. Verschiedene Ideen werden derzeit geprüft.
- Haus der Religionen: Der Bau des Hauses der Religionen ist als zentrales Projekt zur Förderung des interkulturellen Dialogs in den Legislaturzielen 09 - 12 verankert. Im Jahr 2010 unterstützt die Stadt den Bereich „Dialog im Projekt“ mit Fr. 40 000.00.
- Das KI steht bei Fragen der Bevölkerung oder der Stadtverwaltung zum interreligiösen Zusammenleben oder zu interreligiösen Konflikten jederzeit für Auskünfte zur Verfügung.

Bern, 31. März 2010

Der Gemeinderat